

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 12/2021 ★ 29. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Dezember 2021

Hans Bauer

Demokratieerfahrungen der „Diktatur-Sozialisierten“

Hans Bauer ist Vorsitzender der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) sowie Mitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes und seines Beirats

Die Äußerung des „Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer“, Marco Wanderwitz, über ehemalige DDR-Bürger als „Diktatur-Sozialisierte“ hat viel Kritik geerntet. Wanderwitz: „Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind“, Die Kritik reicht von Zurückweisung über Empörung bis zu „zynisch und herzlos“. Auch aus den eigenen Reihen kam Widerspruch. Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Äußerungen ihres CDU-Parteikollegen: „Meine Herangehensweise ist immer die, dass in einer Demokratie jede Bürgerin und jeder Bürger zählt“. Politik müsse für jeden Bürger gemacht werden. Und ebenfalls Ministerpräsidenten der Länder distanzieren sich.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen war für die Herrschenden der Zeitpunkt von Wanderwitz' Weisheiten völlig ungeeignet. Sollten die bösen Ostdeutschen noch mehr verärgert werden, ihre Stimmen den sogenannten Volksparteien verloren gehen? Allein schon deshalb mag die Zurückweisung der meisten Politiker nicht ehrlich gemeint sein, bei manchen vielleicht halbherzig

Was bleibt, und darin ist sich die herrschende Klasse einig und hat es seit mehr als 30 Jahren betont und immer wieder bewiesen: Wer in der DDR aufwuchs, erzogen, sozialisiert wurde, ist grundsätzlich das Produkt einer Diktatur, eines Unrechtsregimes, Unrechtsstaates. Erst jüngst zeigt die Ernennung einer „Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur“, wie über die DDR geurteilt wird. Und natürlich über jene, die sich nicht von der DDR distanzieren. Und nach Wanderwitz nicht lernfähig, für die Demokratie verloren sind.

Unzweifelhaft besteht Unzufriedenheit bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung mit den Verhältnissen im staatlich geeinten Deutschland. Viele der Unzufriedenen sind passiv, schweigen aus Furcht vor beruflichen, sozialen und anderen Nachteilen.

Ein anderer zunehmender Teil - und dazu gehören inzwischen auch Jüngere - leistet Widerstand. Gegen Aufrüstung, Kriegsvorbereitung, Demokratie- und Sozialabbau.

Besonders groß ist die Unzufriedenheit im Osten des Landes, in den „neuen Bundesländern“. Immer öfter wird verglichen, was sie verloren, was sie gewonnen haben. Die großen Versprechungen haben sich nicht erfüllt. Das sind nicht nur die fehlenden „blühenden Landschaften“ und die „gleichwertigen Lebensverhältnisse“. Es sind auch Erfahrungen im Alltagsleben, der Schutz ihrer Person und ihrer alltäglichen Rechte, die Missachtung ihrer Lebensleistungen, ihre Behandlung in den Medien und auf Ämtern, die Ohnmacht gegenüber der Bürokratie. Sie spüren den Widerspruch zwischen Anspruch und Realität. Ihre Meinung ist lediglich als Spielwiese gefragt, deklariert als „demokratische Teilhabe“. Wer etwas durchsetzen will, hat ein kompliziertes System von Verwaltung und Justiz - zeit- und kostenaufwändig - zu überwinden. Gesetze werden jenseits der Öffentlichkeit gemacht, zu wichtigen politischen Entscheidungen ist das Volk nicht gefragt.

Wer an diesem Zustand Kritik übt, ist „Diktatur-sozialisiert“, Demokratie-feindlich. Allein diese Zuordnung eines Teils der Bevölkerung spricht für den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik. Hier hätten die Herrschenden Nachhilfe und Anregungen bei den „Diktatur-Sozialisierten“ in Ostdeutschland holen sollen. Drei Ereignissen/Vorgängen aus Geschichte und Gegenwart stehen für deren Erfahrungen in Sachen Demokratie.

In den 1960-er Jahren waren in der DDR die Grundlagen für den Sozialismus gelegt. Für eine weitere Entwicklung bot die Verfassung von 1949 keinen ausreichenden Raum mehr. Das veranlasste den Staatsratsvorsitzenden der DDR Walter Ulbricht 1967, den Vorschlag zu unterbreiten, eine neue, eine sozialistische Verfassung auszuarbeiten. Alle Fraktionen der Volkskammer stimmten dem zu. Eine Kommission mit 40 Abgeord-

Gruß der Redaktion



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leser

Mit dem Jahreswechsel wird rein rechnerisch der 30. Jahrestag unserer Gemeinschaft von der Realität zur Erinnerung. Es beginnt das Jahr, in dem unsere Vertreterversammlung die Pflöcke für den weiteren Weg einschlagen wird.

Die Redaktion, die den 30. Jahrestag und sein Echo im Vereinsleben abgebildet hat, wird bemüht sein, auch dieses richtungweisende Ereignis in die TIG zu tragen. Und wie stets, werdet Ihr durch Eure Beiträge die Gedanken und Reaktionen aus dem Vereinsleben widerspiegeln.

Seit fast zwei Jahren arbeitet unsere Redaktion, den Bedingung der Umstände folgend, „digital“, d. h. wir kommunizieren überwiegend elektronisch bei der Planung und Realisierung unserer Zeitung. Das ist der Moment, Euch zu danken, dass Ihr überwiegend bei Eurer Mitarbeit auf E-Mails umgestiegen seid. In diesem Zusammenhang bitten wir um Verständnis, dass die „Papierpost“, die nach wie vor auf traditionellem Wege funktioniert, mitunter etwas länger von Euch zu uns benötigt. Zumal diese dann ins „Elektronische“ übersetzt werden muss.

Aber alles ist lösbar. Die entscheidende Kraft schöpfen wir aus unserer Gesundheit und dem Gedanken der Solidarität untereinander.

Wir wollen es gemeinsam auch im kommenden Jahr auf die bewährte Weise halten.

Dafür Glück und Erfolg wünscht Euch die Redaktion von **Isor aktuell** an Eurer Seite.

neten und 22 Experten wurde mit der Ausarbeitung beauftragt. Ende Januar 1968 lag der Entwurf vor. Das höchste Parlament der DDR beschloss, der Bevölkerung den Entwurf zu einer umfassenden Aussprache zu unterbreiten, das Ergebnis der Volksdiskussion auszuwerten und die überarbeitete Fassung erneut der Volkskammer vorzulegen. Wenige Tage nach diesem Beschluss wurde der Entwurf in der Tagespresse veröffent-

licht. In einer Postwurfsendung erhielten ihn alle Bürgerinnen und Bürger zugestellt. Innerhalb weniger Wochen fand überall im Lande eine einzigartige Diskussion über den Verfassungsentwurf statt. Dabei orientierten sich Kollektive, Schichten und Gruppen speziell auf die jeweiligen Verantwortungs- und Interessengebiete. Ich erinnere mich, als junger Staatsanwalt in zwei Großbetrieben an Diskussionen zum „Recht auf Arbeit“ und dessen Ausgestaltung teilgenommen zu haben. Hierbei ging es u.a. um den Arbeitsvertrag, um berufliche Weiterbildung, materielle Verantwortlichkeit sowie Leitungs- und Planungstätigkeit in der Produktion. Mit Vorsitzenden von Konfliktkommissionen (Gesellschaftlichen Gerichten) in diesen Betrieben erörterten wir deren Teilnahme an der Rechtsprechung und Einflussnahme auf das Rechtsbewusstsein der Werktätigen. Gleiche Beratungen fanden in den Gewerkschaften, den Gruppen der Nationalen Front, in Produktionsgenossenschaften des Handwerks und der Landwirtschaft, in Schulen, im Handel, in Jugendkollektiven, Frauenkommissionen, also in allen gesellschaftlichen Bereichen statt. Insgesamt wurde der Verfassungsentwurf in über 700 000 Veranstaltungen erläutert und diskutiert. Im Ergebnis dieser großen Volksaussprache wurden 12 454 Vorschläge eingereicht. Darunter auch viele, die die grundsätzliche Staatspolitik der DDR betrafen. Im Ergebnis erfolgten 118 Änderungen in 55 Artikeln. Die Volkskammer stimmte dem neuen Entwurf zu und beschloss, am 6. April 1968 einen Volksentscheid durchzuführen. An ihm nahmen 98,5 Prozent der insgesamt 12,2 Millionen Stimmberechtigten teil. 11,5 Millionen (94,49 Prozent) stimmten für die sozialistische Verfassung.

Die Ausarbeitung und Annahme dieser Verfassung durch eine große Volksbewegung stellte eine völlig neue Qualität von Demokratie dar. Sie war Ausdruck der Mitbestimmung und Mitverantwortung der Bevölkerung an gesellschaftlichen und staatlichen Angelegenheiten in einem sozialistischen Staat.

Ein Lehrbeispiel bürgerlicher Demokratie bot der Prozess der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands 1990.

Die Zusammenführung und Vereinigung von zwei völlig unterschiedlichen Staaten DDR-BRD, deren Eigentums- und Machtverhältnisse sich grundlegend unterschieden, wäre ohne gegenseitige Verletzungen nur über einen längeren Zeitraum möglich gewesen. Entsprechende Absichten waren aber nur kurzzeitig Gegenstand konkreter Überlegungen. Führende BRD-Politiker erkannten, dass sich der kapitalistischen BRD

die Chance bot, die DDR ohne reale Gegenleistung zu schlucken. Vor allem, sich deren Eigentum anzueignen. Dabei setzten die Herrschenden auf ihre eigene Wirtschaftskraft bei gleichzeitiger Verunglimpfung der DDR-Wirtschaft. Verbunden wurde dies mit zunehmendem unmittelbarem Einfluss auf die Situation in der DDR, einschließlich personeller Einflussnahmen sowie Versprechungen und Almosen für die Bevölkerung. Um die Gunst der Stunde zu nutzen, drängten die politisch Verantwortlichen der BRD auf einen schnellen Beitritt.

Artikel 146 GG sah vor:

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Ein solcher Prozess der Ausarbeitung einer neuen Verfassung widersprach dem schnellen Anschluss. Demzufolge wurde mit autoritärer Entscheidung unter Einbindung williger DDR-Politiker ein demokratischer Prozess der Vereinigung durch eine neue Verfassung und die Entscheidung des Volkes darüber, wie ihn Artikel 146 GG vorsah, verhindert. Ein bereits vorliegender erster Entwurf einer neuen Verfassung blieb unbeachtet, wurde obsolet. Die Vereinigung erfolgte somit nach Artikel 23 des GG mit einem „Einigungsvertrag“:

„Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“

Abgesehen davon, dass es kein „Einigungsvertrag“, sondern ein Vertrag über den Beitritt war, unterwarf sich die DDR damit dem aggressiven Alleinvertretungsanspruch der BRD. Sie selbst disqualifizierte sich damit zu einem abtrünnigen Bundesland. Gleichberechtigte Partner standen sich also nicht gegenüber, auch wenn von einem „Staatsvertrag“ gesprochen wurde. Der Vertrag wurde innerhalb kürzester Zeit unter Federführung der BRD ausgearbeitet und beiden Parlamenten, dem Deutschen Bundestag und der DDR-Volkskammer, zur Annahme vorgelegt. Der Umfang des Vertrages (ca. 1 000 Seiten mit Tausenden von komplizierten Regelungen) ermöglichte objektiv gar keine sachkundige Prüfung und Entscheidung durch die Abgeordneten. Das bestätigten später sogar führende beteiligte Politiker.

Der Vertrag selbst war aber vor allem nicht vom Volk der DDR demokratisch legitimiert. Er unterwarf die ostdeutsche Bevölkerung dem westdeutschen Herrschaftssystem. Zu Recht wird von einer Annexion des anderen deutschen Staates durch die BRD gesprochen.

Statt eine demokratische Verfassung für ganz Deutschland unter Einbeziehung des Volkes auszuarbeiten, wurde den DDR-Bürgern das zur Verfassung erklärte Grundgesetz aufoktroiert.

Die nachfolgenden Veränderungen des „Einigungsvertrages“ und seine Auslegungen runden das Bild des „demokratischen Rechtsstaates BRD“ ab.

Das Argument, Artikel 146 GG sei nicht zwingend und zeitlich exakt bestimmt, ist lediglich eine Rechtfertigung. Diese Regelung, inzwischen natürlich wie auch Artikel 23 GG verändert, hatte offensichtlich, wie viele Regelungen des GG, aus politischen und optischen Gründen nur deklaratorischen Charakter. So wird Demokratie vorgetäuscht und nach politischem Willen der Herrschenden schnell entsorgt.

Mit Herstellung der staatlichen Einheit ist die Bundesrepublik nicht nur größer geworden, sie macht seitdem auch Weltmachtansprüche geltend. Nicht allerdings auf friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu anderen Staaten und Völkern, sondern auf eine Führungsrolle unter den imperialistischen Staaten. Es gibt kaum einen Konfliktherd, in dem das heutige Deutschland nicht involviert ist. Mit Waffen, Soldaten, Geheimdiensten. Und mit dem Anspruch, als eines der „demokratischsten Länder“ der Welt, anderen Staaten Regierungsform und Entwicklung vorzuschreiben. Das westliche Wertesystem aufzudrängen, wenn notwendig mit Gewalt - offener oder verdeckter. Mit US-Atombomben und -Militärbasen, mit wachsenden Militärausgaben, Rüstungsexport, Auslandseinsätzen der Bundeswehr in gegenwärtig 11 Staaten steht die Bundesrepublik innerhalb der NATO mit ihrem aggressiven Kurs mit an der Spitze. Als Feinde sind vor allem die Russische Föderation und die Volksrepublik China ausgemacht. Besonders Russland ist im Fadenkreuz der deutschen Politik. Obwohl gerade die Sowjetunion für die Befreiung Deutschlands vom Faschismus die größten Opfer gebracht hat, haben die Herrschenden der BRD historische und politische Verantwortung gegenüber diesen Völkern, insbesondere den Russen, verdrängt. Ja, Deutschland spielt heute eine Vorreiterrolle, wenn es gegen Russland geht. Ukraine, Krim, Syrien, Weißrussland, tote und verletzte Russen im Ausland, Navalny usw., für alles trägt Russland Verantwortung

und Schuld. In den Medien sowie mit militärischen und diplomatischen Aktivitäten und mit Wirtschaftssanktionen wird Russland wie ein Feind behandelt. Das äußert sich gegenwärtig besonders an der militärischen „Umzingelung“ der Russischen Föderation und in den Großübungen an Russlands Grenzen, wie aktuell in Defender Europe 2021.

Diese Politik gegenüber Russland findet bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Zustimmung. Sie wünscht sich friedliche Beziehungen und eine intensiviertere Zusammenarbeit. Nach einer Forsa-Umfrage von April 2021 sprechen sich 55 Prozent der Befragten dafür aus, und 61 Prozent können sich einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok vorstellen. Nur ein Viertel bis ein Fünftel äußert sich ablehnend.

Liegt der Anteil der Befürworter an eine Annäherung an Russland bei den Westdeutschen bei 54 Prozent, sind es im Osten sogar 72 Prozent. Der hohe Anteil in Ostdeutschland hängt selbstverständlich mit der DDR zusammen. Hier galten Frieden und Völkerverfreundschaft als Maxime internationaler

Politik. Dazu zählte auch die Freundschaft zur Sowjetunion. Sechs Millionen DDR-Bürger waren Mitglieder der Organisation „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“. Für viele von ihnen war dies Herzenssache, ist es geblieben, und sie haben es an Jüngere weiter vermittelt.

Wenn also zweifelsfrei belegt ist, dass die Mehrheit der bundesdeutschen Bürgerinnen und Bürger gegen die gegenwärtige Russlandpolitik der Bundesregierung ist, woraus resultiert dann die Legitimation der Herrschenden, ihre Russland feindliche Politik zu betreiben? In einer so entscheidenden Frage - es geht um die Gefahr eines Krieges - gegen die Mehrheit Politik zu betreiben, ist zutiefst antidemokratisch. Besonders die Ostdeutschen, die „Diktatur-Sozialisierten“, haben andere Demokratieerfahrungen gemacht. Ihre Erkenntnis: Dann lieber eine „Diktatur der Vernunft“ als eine Scheindemokratie der Profite“.

Aus „Freidenker“ „Die Macht im Staate“, Nr. 3-21 September 2021 mit freundlicher Genehmigung

Aus der Arbeit des Vorstandes

Unter Beachtung der Corona-Lage wurde die für November 2021 geplante Vorstandssitzung abgesagt. Der geschäftsführende Vorstand bestätigte den Beschluss zur Einberufung der Vertreterversammlung am 15.6.2022, der den TIG übermittelt wird.

*

Durch die Mitglieder von TIG wurden bisher 26.000 Euro für die Solidarität mit Kuba gespendet. Am 23.11.21 wurden Arbeitsbeziehungen mit dem Parteivorstand DIE LINKE (Cuba Si) hergestellt. Es wurde vereinbart, dass Cuba Si eine Liste der für 2022 mit Kuba abgestimmten Projekte übermittelt, aus denen ISOR solche auswählt, die es aus Spendenmitteln finanziell fördern möchte. Die Spendenaktion wird fortgesetzt und künftig auf solche konkreten Vorhaben ausgerichtet. Die Mitglieder werden entsprechend informiert.

*



30 Jahre- Segen und Demütigung

In diesem Jahr sind für mich zwei 30-jährige Jubiläen von besonderer Bedeutung und veranlassen mich, einige meiner Gedanken und Zusammenhänge dazu hier niederzuschreiben.

Jedem von uns ist das 30-jährige Bestehen von **ISOR aktuell** im Bewusstsein.

Bei mir kommt aber noch ein persönliches einschneidendes Ereignis hinzu. Ich lebe seit 30 Jahren mit einem Spenderherz. (1991 die erste Herztransplantation und 1997 die Re-Transplantation)

Ein ¾ Jahr nach meiner gerade überstandenen Transplantation habe ich auf Anfrage und Bitte aus Berlin mit noch zwei Mitstreitern im Juli 1992 in Quedlinburg die ISOR-TIG gegründet und arbeitsfähig gestaltet. Unser 30-jähriges Jubiläum ist somit erst im nächsten Jahr.

Als Gründer, Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender habe ich mich von Beginn an vorrangig um die rechtlichen Belange unserer Mitglieder gekümmert und somit die Höhen und Tiefen unseres bisherigen Werdeganges bis zur Gegenwart aktiv mit durchlebt.

Nun sind wir als ISOR bekanntlich an einem Punkt angelangt, wo alle juristischen Mittel zum Erreichen weiterer Erfolge ausgeschöpft sind. Leider trifft das z.Z. auch auf die politischen Möglichkeiten zu.

Hier sehe ich auch für mich persönlich eine gewisse Analogie zu meiner medizinischen Situation. 30 Jahre kämpfe ich nun täglich gegen alle Gefahren des Lebens, welche eine Abstoßung meines Spenderherzens hervorrufen können.

Die jahrelange Einnahme einer Vielzahl von Medikamenten haben durch ihre Nebenwirkungen bereits erheblichen irreparablen Schaden

angerichtet und die Ärzte können die negativen Prozesse lediglich verlangsamen.

Auch wenn beide vorgenannten Tatsachen mich nicht selten sehr nachdenklich, traurig und mutlos stimmen, geben mir sowohl unsere Schutzgemeinschaft als auch mein familiäres Umfeld – insbesondere meine Frau – die Motivation und die Kraft, nicht aufzugeben.

Die Anzahl unserer TIG-Mitglieder ist zwar im Laufe der Jahre um 2/3, auf 25 gesunken, aber wir haben es bisher immer geschafft, die Arbeitsfähigkeit aufrecht zu erhalten, auch wenn die Wirksamkeit verständlicherweise geringer geworden ist.

Ich bin zwar auf Grund meiner medizinischen Vorgeschichte sowie des Alters nicht mehr funktional im TIG-Vorstand, habe aber die Aufgabe der Verteilung des Mitteilungsblattes **ISOR aktuell** übernommen und fungiere für den Zentralvorstand in Berlin als postalische Kontaktadresse unserer TIG.

Gemeinsam mit dem Kassierer kann auch jetzt unter den widrigen vereinsexisstenziellen Bedingungen die erforderliche Kontinuität und Zuverlässigkeit gewährleistet werden. Damit wird verhindert, dass der Kontakt zu allen Mitgliedern nicht abbricht, sondern sie ständig mit wichtigen und notwendigen Informationen versorgt sind.

Die jahrelange Vereinerfahrung hat mir und uns gelehrt, dass Information und Kassierung die Existenzpfeiler unserer TIG sind und somit Auflösung derselben z.Z. kein Thema ist und auf absehbare Zeit auch nicht werden soll.

Sorge bereitet mir allerdings die für den 15. Juni 2022 anberaumte Vertreterversammlung, weil damit bei mir Erinnerungen von voran-

gegangenen Konferenzen wachgerufen werden, wo es damals bereits laute Stimmen für die Auflösung von ISOR gab.

Alle Bestrebungen von Auflösung sollten in den jeweiligen TIG vorher ausführlich besprochen und geklärt werden, sodass möglichst kein TIG-Delegierter mit der Maßgabe der Auflösung im Juni nach Berlin fahren sollte.

Das wäre für mich der Appell an alle TIG, indem sie rechtzeitig Überlegungen anstellen für eine inhaltliche Neuausrichtung zur weiteren Existenz von ISOR.

Dafür dürfen wir nicht die Wahrheit verschweigen, dass es sowohl juristisch als auch politisch z. Z. keine Aussicht auf positive Veränderungen zum Rentenunrecht geben wird.

Trotzdem sollten wir schon aus Gründen der Selbstachtung und militärischen Ehre mit allen verbleibenden Mitgliedern das uns angebotene himmelschreiende Unrecht niemals akzeptieren und permanent mit allen politischen und öffentlichkeitswirksamen Mitteln anprangern. Ich denke schon allein unsere Existenz ist dabei von Bedeutung und wirksam.

Auch hier sehe ich Parallelen zu meinem persönlichen Schicksal, wo ich trotz aller Lebenseinschränkungen, der medizinischen Grenzen und Nebenwirkungen immer wieder versuche, nicht aufzugeben. (...)

Mir ist es auch wichtig darauf hinzuweisen, dass es manchmal schon genügt, uns in der der Gemeinschaft über das Vergangene und das Jetzige auszutauschen, unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln die DDR zu erklären, wie sie wirklich war und allen verleumderischen Aktivitäten zum Trotz mit erhobenem Haupte entgegenzutreten.

Abschließend möchte ich dem Vorstand und allen aktiven Freunden Danke sagen und ihnen viel Kraft und kluge Ideen für die nächste Vertreterversammlung wünschen. Achten wir alle besonders auf unsere Gesundheit!

Heinz Tischner TIG-Quedlinburg
*

Am 22. September fand anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung von ISOR die feierliche Mitgliederversammlung der **TIG Gera** statt.

Kaffee und Kuchen und Tischgespräche bildeten die feierliche Atmosphäre, die in die Tagesordnung überging und sich in der Übergabe der Erinnerungsurkunden fortsetzte. Blumen für Mitglieder, die ihre Funktionen beendeten und eine reibungslose Übergabe an ihre Nachfolger gewährleisteten.

Höhepunkt war die Überreichung der Ehrenmedaille von ISOR e.V. zum 30. Jahrestag ihrer Gründung.

Viele Mitglieder waren und sind immer noch aktiv im Leben der TIG. Deshalb war es für den Vorstand schwierig zu entscheiden, wer bei der begrenzten Anzahl von Medaillen geehrt wird.

Denn jedes Mitglied ist für uns und damit für unsere gerechte Sache wichtig und von Bedeutung. Klar ist, es darf keiner zurück und alleine gelassen werden. Standhaftigkeit, Treue und praktizierte Solidarität sind unsere Stärke im Kampf gegen das Rentenstrafrecht.

Unsere Geraer TIG sieht ihre Aufgabe in der Organisierung des Zusammenhalts der TIG des ehemaligen Bezirkes Gera.

Mitglieder der TIG Jena und Stadtroda folgten unserer Einladung. Durch terminliche und gesundheitliche Gründe konnten nicht alle Vertreter anwesend sein. In der MV wurde ein solidarischer Gruß an alle Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde im ehemaligen Bezirk Gera gesandt.

Zwischenzeitlich wurden auch die Vorsitzenden der TIG Saalfeld, Schleiz und Pöbneck aufgesucht und die Urkunden und Ehrenmedaillen überreicht. In Saalfeld nahm unser Vorsitzender an der feierlichen Mitgliederversammlung teil.

Mit über 60 Mitgliedern und Gästen war unsere Mitgliederversammlung in Gera gut besucht.

Unserer Einladung waren Gäste vom Geraer Seniorenverband, von RotFuchs, Cuba Si Gera, der Partei Die Linke und ein Vertreter des ISOR Vorstandes gefolgt.

Traditionell gedachten wir zu Beginn der Veranstaltung der verstorbenen Mitglieder, namentlich die Verstorbenen des vergangenen Jahres.

In den Gesichtern der Anwesenden spiegelte sich dieses emotionale Moment wider und es zogen die Erinnerungen des jahrelangen gemeinsamen Erlebens und des durchgestandenen Kampfes an uns vorüber.

Der TIG-Vorsitzende Andreas Peter unterstrich in seiner Rede unsere Pflicht, den Kampf in ihrem Sinne weiterzuführen.

Die Genossen und Mitglieder der ersten Stunde haben durch ihren Einsatz und ihre Tatkraft wesentlich zur Stärke unseres Vereins beigetragen. Ihnen ist es zu verdanken, dass unser Verein so zielstrebig aufgebaut wurde und dass wir Erfolge für uns und viele andere Beschäftigte erreichen konnten. Wir haben stets Haltung gezeigt und deshalb steht zu Recht auf unserer Medaille:

„Von Freunden geehrt, von Feinden gehasst und verleumdet“.

Von allen Rednern wurde die Bedeutung unseres Vereines für den Schutz der sozialen Rechte aller vom Rentenstrafrecht Betroffenen, besonders aber der Mitarbeiter und Angehörigen bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR unterstrichen und es wurde die Bedeutung im OKV hervorgehoben.

Unser Vorsitzender gab in seiner Rede einen kurzen historischen Abriss zu ISOR und hob hervor, dass 30 Jahre ISOR eine Erfolgsgeschichte war, wenn auch nicht alles erreicht worden ist und wir auch nicht frei von Fehlern waren. Der Kampf gegen das Rentenstrafrecht wird weitergehen, auch wenn es aufgrund der demographischen Entwicklung in unseren Reihen nicht einfacher wird. Wir werden den politischen Kampf weiterführen. Mit den Gutachten von Prof. Dr. Merten, aber auch mit unseren eigenen guten Publikationen, z.B. Wahrheit und Versöhnung, haben wir Dokumente für eine ausgezeichnete gute politische und juristisch fundierte Argumentation in der Hand.

Unser Freund Hartmut Schuchardt vom Vorstand überbrachte die besten Wünsche und unterstrich noch einmal die Notwendigkeit der Fortführung unseres Kampfes. Gleichzeitig verwies er darauf, dass sich aus dem zunehmenden Alter unserer Mitglieder soziale Fragen ergeben, die auch beantwortet werden müssen. Diesen Fragen wird sich der Vorstand stellen und sie werden Bestandteil der Vertreterversammlung sein.

Das Auftreten von Björn Harras (geb. 1983) Direktkandidat der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 194 Altenburg Gera und Greiz, auf unserer Veranstaltung sprach die Gefühle an. Er schilderte seinen Entwicklungsweg und sein Engagement für Demokratie und Zivilcourage und gegen Rassismus und Intoleranz. An uns gerichtet, sagte er, dass es wichtig sei, uns als Zeitzeugen einzubringen.

Ein weiterer Gastredner, der Spuren bei uns hinterlassen hat, war ein Vertreter von Cuba Si Gera. Seine Rede und seine Beispiele zu Kuba machten spürbar, dass der Solidaritätsgedanke zu Kuba in uns stark verwurzelt ist. Ihm konnten am Ende unserer feierlichen MV eine Spende von 850 Euro überreicht werden. Wir sind gestärkt aus dieser Veranstaltung gegangen, weil sie klar gemacht hat, wir stehen zusammen.

Frank Porges, TIG Gera

*

Die **TIG Strausberg** führte am 24.9. eine Feierstunde zum 30. Jahrestag des Bestehens von ISOR durch. Wegen der aktuellen Beschränkungen waren vor allem aktive und verdienstvolle Mitglieder unserer TIG eingeladen. Gast der Veranstaltung war der Landesbeauftragte für Brandenburg, Genosse Ulrich Thorwirth, der die angenehme Aufgabe hatte, Grüße des Vorstands zu überbringen und aktive Freunde

unserer TIG mit der Erinnerungsmedaille zum 30. Jahrestag auszuzeichnen. Der TIG-Vorsitzende dankte in seiner Festrede vor allem den Kämpfern der ersten Stunde von ISOR. Sie hatten erkannt, dass wir nur gemeinsam und unter Einbeziehung von Verbündeten in der Lage sind, unsere sozialen Interessen gegen die Pläne der Konterrevolution und der mit ihr verbundenen bourgeoisen Machthaber in der BRD zu verteidigen. Es konnten dafür zahlreiche Mitglieder geworben werden und es gelang ISOR, bedeutende Erfolge im Rentenkampf zu erzielen.

Hervorgehoben wurde, dass der Erfolg der Arbeit in den letzten 30 Jahren auch in unserer TIG vor allem dem Einsatz der Gruppenbetreuer zu verdanken ist.

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2017, der unserer Klage hinsichtlich der Strafrentenregelung für ehemalige Angehörige des MfS eine Abfuhr erteilte, war eine Zäsur in unserem Ringen. Es wurde klar, dass der bürgerliche Staat nicht gewillt ist, rechtsstaatlich zu handeln, wenn es gegen ausgewiesene Anhänger des Sozialismus auf deutschem Boden geht. In der Folge kam es zu vielen Austritten, die meist damit begründet wurden, dass der Rentenkampf nun beendet sei. Um den Austritten entgegenzuwirken, wurde der Inhalt der Vereinsarbeit stärker darauf ausgerichtet, den Mitgliedern eine politische Heimat zu sein. Dabei ist die Vereinsarbeit durch gesundheitliche Probleme der Mitglieder immer schwieriger geworden. Wir haben die Zusammenarbeit mit anderen linken Organisationen — z.B. RotFuchs und dem Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR — verstärkt, um der geringer werdenden Teilnehmerzahl an Versammlungen und Aktionen etwas entgegenzusetzen. Es ist zu erwarten, dass sich die Altersprobleme in den nächsten Jahren weiter verstärken werden. Es sind Ideen gefragt, was man tun kann, um trotzdem eine lebendige Vereinsarbeit zu gestalten. Die Vertreterversammlung im nächsten Jahr muss nicht nur darauf Antworten geben, sondern auch klären, welche Inhalte im Mittelpunkt der Vereinsarbeit stehen sollen, denn Illusionen über eine mögliche substanzielle Änderung des Rentenrechts machen wir uns nicht.

Danach gab es Kaffee und Kuchen und Zeit zu persönlichen Gesprächen. Diese müssen angeregt gewesen sein, denn als Schluss gemacht werden musste, war noch niemand gegangen.

Bernd Wolff

*

Der Kampf gegen das Rentenstrafsystem war am 25. September das Motto unserer feierlichen Mitgliederversammlung anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung unseres Sozialvereins auf dem Veranstaltungsschiff „Stadt Halle“, welches auf der Saale an der Giebichenstempelbrücke vor Anker lag.

Eingeladen waren alle Mitglieder unserer drei TIG mit ihren Partnern. Wir begrüßten Vertreter der mit uns eng verbundenen Traditionsgemeinschaft der 11. MSD im Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR. Mitglieder von RotFuchs und GRH waren ebenfalls an Bord.

Wir freuten uns, nach langer Zeit des Verzichts, uns in diesem großen Rahmen wiedersehen zu können.

Es wurde heftig diskutiert. Im Mittelpunkt standen unsere früheren und gegenwärtigen Maßnahmen gegen das politisch motivierte Rentenstrafsystem der Bundesregierung.

Im April 2021 hatten wir in Schreiben an Bundespräsident Steinmeier, Bundestagspräsident Schäuble, den Bundesminister für Arbeit und Soziales Heil, den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Haseloff und an die Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien (außer der AfD) die Beseitigung des Rentenstrafrechts angemahnt. Es sei endlich an der Zeit, so unsere Forderung, die tiefen Wurzeln und die Verletzungen, die durch die Politik der Bundesregierung einem

Großteil der ehemaligen Bevölkerung der DDR angetan wurden, offen und ehrlich anzusprechen.

Angeregt wurden wir dazu vom Bundespräsidenten, der in seiner Festrede anlässlich des 70. Jahrestages des Grundgesetzes alle Bürger aufgerufen hatte, offen und ehrlich anzusprechen, was sie bewegt, was geändert werden muss, warum wir unzufrieden sind und weshalb wir deshalb eine Änderung der Politik der Bundesregierung fordern.

Wir erinnerten auch an das Memorandum der Bundesregierung vom 2.9.1956 „Zur Frage der deutschen Einheit“, das von den Botschaftern der Bundesrepublik am 7.9.1956 den Regierungen in Moskau, Washington, Paris und London übergeben wurde.

Darin hieß es: „Die Bundesrepublik ist der Überzeugung, dass freie Wahlen in ganz Deutschland, wie sie auch immer ausfallen mögen, nur den Sinn haben dürfen, das deutsche Volk zu einen und nicht zu entzweien. Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf in keinem Teil Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des alten Systems führen. Aus diesem Grunde sollte nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge getragen werden, dass nach der Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur, weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschlands tätig gewesen ist, verfolgt wird.“

Es gab bisher nur zwei Antworten. Der Bundesminister für Arbeit und Soziales hat durch einen Mitarbeiter mitteilen lassen: „Die politische Grundsatzentscheidung zur Rentenüberleitung ist durch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt.“

Die Partei DIE LINKE teilte mit, dass sie in der bisherigen Legislaturperiode mehrere Anträge, Anfragen und Beiträge zur Aufhebung des Rentenstrafsystems eingebracht habe, aber alle Anträge an der Mehrheit von CDU/CSU und SPD im Bundestag gescheitert sind, sie aber auch von den Grünen und der FDP keine Unterstützung fanden. Übereinstimmung herrscht bei allen unseren Mitgliedern, dass es unsere vordringliche Aufgabe ist, gemeinsam mit den verbündeten Parteien und den Organisationen des OKV und trotz unseres zumeist fortgeschrittenen Alters, entsprechend unseren Möglichkeiten, unsere Stimme für Frieden, Abrüstung und auf dem Völkerrecht basierende Beziehungen zwischen den Staaten zu erheben.

Entsprechend dem Leitsatz von Bertolt Brecht „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren“, setzen wir unseren Kampf gegen das politisch motivierte Rentenstrafrecht fort.

Wir werden auch die neue Bundesregierung sowie die gewählten Abgeordneten mit unseren Forderungen konfrontieren und dazu die gutachterlichen Feststellungen von Prof. Dr. Merten nutzen. Wer die BRD als Rechtsstaat preist, darf nicht tausende ehemalige Angehörige des MfS, Wachsoldaten, Raumpflegerinnen, Kraftfahrer, Sekretärinnen, operative Mitarbeiter sowie andere Berufsgruppen für ihr Eintreten für ihren Staat DDR mit einer Kollektivstrafe belangen.

Wir möchten nichts geschenkt haben, aber wir erheben Anspruch auf unser in die Rentenkasse eingebrachtes Eigentum. Unsere in der DDR erworbenen und im Einigungsvertrag nach dessen Maßgabe als Rechtsposition der gesamtdeutschen Rechtsordnung anerkannten Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen genießen den Schutz des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz. (Eigentumsgarantie)

**Rüdiger Portius, Jürgen Stenker,
Jürgen Böhme Hans Schwart**

*

Trotz Pandemieauflagen, trotz der alters- und krankheitsbedingten Einschränkungen bei vielen unserer Mitglieder, auch der Verlust einiger unserer Aktivisten durch Tod, die Vereinsarbeit in der **TIG Berlin-Treptow** lebt. Es stellte uns immer wieder vor neue Herausforderungen, eine arbeitsfähige Struktur in unserer TIG mit reichlich

250 Mitgliedern, im gemeinsamen Wirken des Vorstandes, den Orts- teilverantwortlichen und den Gruppenbetreuern, zu erhalten. Eine Gesamtmitgliederversammlung aus Anlass des 30. Jahrestages der Gründung unseres Sozialvereins ISOR war, Corona bedingt und fehlender Räumlichkeit, nicht möglich. Auf andere Art und Weise beginnen wir ihn. Die vom ISOR-Vorstand gefertigten Ehrenurkunden für alle Mitglieder wurden durch die Gruppenbetreuer jedem Mitglied weitgehend persönlich in der Wohnung übergeben. Stets mit dem persönlichen Gespräch verbunden, wie geht es dir, wo ist Hilfe vonnöten, wie kannst du weiterhin in unserer Gemeinschaft tätig sein. Das wurde als sehr persönlich und wohlwollend empfunden. Einliegend mit einem Schreiben in der **ISOR aktuell** Juni, dankten wir unseren Mitgliedern für ihre Treue zur gemeinsamen Sache und ihrer Mitarbeit der unterschiedlichen Art. Und im August waren zu einer TIG-Vorstandssitzung die ISOR-Vorstandsmitglieder Joachim Bonatz und Hans-Peter Speck anwesend und überreichten unserer TIG und 15 Mitgliedern die Ehrenmedaille 30 Jahre ISOR.

Am 21. Oktober wurden alle Ortsteilverantwortlichen und die Gruppenbetreuer zu einem Treffen eingeladen. Es begann mit einer kurzen Nachzeichnung unseres Vereinslebens und der Würdigung der aktiv daran Beteiligten. So auch der Dank an unsere Edeltraud Apel, die mit großer Zuverlässigkeit schon über Jahre als Hauptkassiererin tätig ist. Oder Heinz Peters, der den Spendenaufruf für Cuba in seinem Bereich Altglienicke zum Anlass nahm und mit Unterstützung von Jürgen Ift und Arnim Ribbecke seine zu betreuenden Mitglieder ansprach und einen Betrag von 685 € auf das Spendenkonto überwies. Spendendurchschnitt pro Mitglied: 27,40 €. Hervorragend!

Es würde wohl die Länge unseres Beitrages sprengen, alle zu nennen, die trotz hohen Alters immer „am Ball“ sind, die die Kassierung vollziehen, unsere Blättchen austragen, den Hilfe Bedürftigen mit Rat und Tat in der Alltagsbewältigung, bei Behördengängen usw., beistehen. Einige der Hochbetagten seien hier genannt, die unermüdlich und mit Herz diese Arbeit tun. So unsere Genossin Ursula Eilhauer, die im März ihren 91. Geburtstag feierte und als Gruppenbetreuer aktiv ist, ebenso in einer Funktion in der örtlichen Volksolidaritätsgruppe. Gleichfalls unser Dietrich Pump, der im Oktober sein 90. Lebensjahr vollendete, und im Ortsteil Plänterwald unsere Mitglieder betreut. Das Gleiche tut als Betreuer Dietrich Schmidt, 90 Jahre, im Ortsteil Adlershof. Wenn diese 90jährigen

und Älteren hier genannt werden, dann folgen sofort diejenigen Aktivisten unserer TIG, die in der zweiten Hälfte der 80er Lebensjahre stehen, einige davon auch nicht mehr die Gesündesten, und denen wir für ihre unermüdlichen Aktivitäten sehr dankbar sind. Zu unserer TIG gehört auch der vor kurzem 91 Jahre alt gewordene Dr. Heinz Günter, Autor des Buches „Überzeugung ist nicht käuflich“ sowie seiner Beiträge zum unerträglichen Rechtsverhalten dieses Staates, in zwei **ISOR aktuell** Ausgaben. Zu diesem Thema machte er Ausführungen, eine Diskussion beschloss diesen Teil. Den würdigen Abschluss unserer Zusammenkunft gestaltete die Sängerin, Moderatorin und Schauspielerin Isabell Neuenfeld mit einem leidenschaftlich vorgetragenen Repertoire uns sehr bekannter Lieder, alleamt auch zum Mitsingen, doch meistens nur mitsummend. Und so klang dann der Tag aus mit individuellen Gesprächen; Gedankenaustauschen bei einem kalten Buffett und Getränken.

TIG Vorstand Berlin-Treptow

*

„Die Hütte brennt.“

Unter dem Arbeitstitel „Die Hütte brennt bei den Linken“ trafen sich am 12. November Mitglieder der TIG Templin mit dem Mitglied des Landtages Brandenburg Der Linken, Andreas Büttner, zu einem Informationsaustausch.

Andreas Büttner schilderte uns sehr ausführlich seine Sicht auf die Situation bei der Linkspartei. Er analysierte das Ergebnis der Bundestagswahl und die Situation der Partei insgesamt. Dabei kam besonders zum Ausdruck, dass es bei der Partei ein großes Defizit bei der Hinwendung zur Basis gibt. Die Partei sieht nicht mehr die Probleme der arbeitenden und der gesellschaftlich abgehängten Menschen. Eine Zuwendung auf eine intellektuelle Klientel ist zu erkennen, und es wird sich zu sehr mit sich selbst beschäftigt, was besonders vor der Bundestagswahl kontraproduktiv war.

(...)Für uns stellte sich die Frage, wie wir uns aktiv zur Verbesserung der Lage einbringen können.

Es wurden nachstehende Festlegungen getroffen.

-Wir werden unsere Abgeordneten zeitnah über kommunale und gesellschaftliche Probleme, die wir aus Gesprächen mit Bürgern erfahren, unterrichten und persönliche Gespräche mit ihnen suchen.

-Der Dialog zwischen uns und Vertretern der Linkspartei sollte intensiviert werden. Wir werden die öffentlichen Veranstaltungen der Partei nutzen, um unsere Meinung zu artikulieren.

Zwischenruf

Zu berichten wäre von „Buntmetalldieben“, die die Gedenktafel an der geschändeten Erinnerungsstätte für Ernst Thälmann und das ZK der KPD-Sitzung, der letzten vor der Machtübergabe an die deutschen Faschisten, in Ziegenhals aus der Verankerung rissen.

Aus dieser Branche stammen auch die mit Sägen bewaffneten Vandalen, die Schmuckelemente am Zaun des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow entfernten.

Thälmanns Denkmal ist immer wieder Gegenstand von „Anstreichern“, die möglicherweise eingedenk des Berufes ihres „Führers“, mit weißer Farbe hantierten, obwohl ihr Antrieb eine braune Tönung vermuteten lässt.

Gewalt fängt gegen Sachen an und setzt sich gegen Menschen fort.

Ach ja, eine „Kommentierung“ zur Persönlichkeit des KPD-Vorsitzenden und darin soll ihm „zugestanden“ werden, dass er Antifaschist war. Er und seine durch ihn geführte Partei kämpften gegen die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland. Das deutsche Volk war dazu nicht in der Lage, so dass die Sowjetarmee im Bündnis mit der Antihitlerkoalition bis zur Brutstätte der Völkermörder vordringen und Tausende ihrer Soldaten in fremder Erde hinterlassen musste. Das sollte in erster Linie kommentiert werden. Diese Lehre aus der Geschichte lässt sich weder stehlen noch absägen.

Wie bekannt, hat die Partei mit Überalterung zu kämpfen. Die jungen Menschen, die den Weg in die Partei finden, sind nach unserer Auffassung nicht genügend auf eine Mitgliedschaft in einer linken Partei vorbereitet. Wir erklären uns bereit, unsere Erfahrungen bei entsprechenden Veranstaltungen einzubringen. Anmerkung: Jedes neue Mitglied der Partei sollte das „Kommunistische Manifest“ übergeben bekommen. Anderen Mitgliedern könnte diese Lektüre übrigens auch bei der politischen Arbeit hilfreich sein. Da es die erste Zusammenkunft dieser Art war und uns zuerst das Verhältnis zur Linkspartei als grundlegend erschien, kamen an-

dere Themen der Weltpolitik nur ansatzweise zur Sprache. Wir erinnerten uns an den Rhythmus der früheren Parteiversammlungen und vereinbarten, uns ab Januar alle vier Wochen zu treffen. Es sind alle Möglichkeiten zu nutzen, um weiterhin mit Vertretern der verschiedenen Ebenen der Linkspartei in Erfahrungsaustausch zu treten.

Wolfgang Drabsch TIG Templin

*

BILANZ 2

Wie wir zu BRD-Bürgern zweiter Klasse wurden.

Dr. sc. jur. Heinz Günther

Einer Umfrage zufolge, die unter ehemaligen DDR-Bürgern geführt wurde, fühlen sich 57 Prozent nach mehr als 30 Jahren einheitlicher Staatlichkeit als BRD-Bürger zweiter Klasse und gerade einmal 38 Prozent halten die Vereinigung für gelungen. Das heißt, dass sich für eine große Mehrheit die hohen Erwartungen, in einem „Wirtschaftswunderland“ und einer „freiheitlichen Demokratie“ zu leben, nicht erfüllt haben. Wie ist das zu erklären? Die westliche Propaganda hatte doch alle Register gezogen und keine Möglichkeit ausgelassen, den Bürgern entsprechende Einsichten aufzudrängen. Außerdem wurden zur Absicherung des Einigungsprozesses im Gebiet der DDR doch viele Verantwortungsposten mit „erlernten Westbürgern“ besetzt. Literaturkenner wird es an die Zeile in Theodor Storms „Weissagung“ bei der Einverleibung Schleswig-Holsteins in den preußischen Staat erinnern: „So kommt doch jeder Kerl von dort mit der Miene des kleinen persönlichen Eroberers und als müsse er uns erst die höhere Weisheit bringen.... Auf diese Weise einigt man Deutschland nicht.“

Dass überhaupt gesteigerte Erwartungen bei einem Anschluss an die BRD aufkamen, hat auch mit der Beurteilung der eigenen DDR-Erfahrungen zu tun. Viele, zu viele DDR-Bürger, glaubten an jede Geringschätzung der DDR, die aus westlicher Richtung kam, glaubten an die angeblich marode Wirtschaft der DDR, an alle Formen der Verketzerungen, die eingeredeteten Ungerechtigkeiten und an den baldigen Zusammenbruch der DDR. Vieles wurde gering geschätzt, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, das Funktionieren des gesellschaftlichen Systems und seine entscheidende Basis, das Volkseigentum. Für die Bürger der DDR verband sich der Begriff „Volkseigentum“ nicht mit der Vorstellung, sich selbst gewissermaßen als „Miteigentümer“ all der geschaffenen Werte zu sehen. Es zeigte sich jetzt, dass diese Vorstellung bei vielen Bürgern durch die DDR-Führung zu wenig verständlich und durch ein entsprechendes System materiell und geistig miterlebbar gemacht worden war. Sie haben solche, sich aus dem sozialistischen System ergebenden Werte wie die gebotene Existenzsicherheit, die soziale Fürsorge, Kultur, Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten oder den daraus erwachsenen Gemeinsinn und das Zusammengehörigkeitsgefühl eher für selbstverständlich hingenommen und zu wenig geschätzt. Sie haben nicht gesehen, dass diese Werte nur in einer sozialen Gesellschaft möglich sind und nicht in einer Gesellschaft, deren Basis das Privateigentum ist. Eine solche Gesellschaft ist gekennzeichnet durch die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen arm und reich, das Übervorteilen anderer Bürger, Eigensinn und Profitgier, eben durch Merkmale einer

Ellenbogengesellschaft, die sich aber „Demokratie“ nennt. Ein ausgeprägtes, blindes Vertrauen der DDR-Bürger in die zu erwartende neue Ordnung führte bei vielen dazu, dass man einen gesellschaftlichen und ökonomischen Umbruch dieser Art arglos über sich ergehen ließ. Man war bereit, für ein Leben in einer Gesellschaft, von der man sich die Erfüllung der illusionärsten Hoffnungen versprach, einen sehr hohen Preis zu zahlen. Man duldeten, dass die entscheidende Lebensgrundlage, das Volkseigentum, einfach verscherbelt wurde. Einen Wertanteil von 85 Prozent erhielten allein Eigentümer im Westen. 8000 volkseigene Betriebe, 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien, riesige Forsten, 40.000 Geschäfte und Gaststätten, 615 Polikliniken, 340 Betriebsambulatorien, Hotels, Ferienheime, und ein in Milliardenhöhe gehendes Auslandsvermögen wurden in private Hände der BRD gelegt. (Egon Krenz zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR im DDR-Kabinett in Bochum)

Aber damit nicht genug. Was die „Treuhand“ nicht zu Geld machen konnte, wurde geschleift. Die Masse der Bevölkerung duldeten auch das und verstand es wohl eher als ein vorseilendes Dankeschön für die zu erwartenden Wohltaten, „Blühenden Landschaften“ und für ein Leben in einer „Freiheitlichen Demokratie“. Als dann der Ausverkauf der DDR-Wirtschaft erfolgt war und die Wirtschaft in den „neuen Bundesländern“ zurückblieb, nutzte man das als Begründung dafür, dass auch die Löhne und Gehälter im Osten geringer ausfallen müssten. Auch das hat man als „gutwilliger Bürger“ über 30 Jahre hingenommen und geduldet, dass sie im Osten etwa um 20 Prozent niedriger sein würden, was den eigenen Verlust erheblich summiert haben dürfte. Weithin unbeachtet blieb auch diese Ungleichbehandlung bei der Berechnung der geminderten Rentenansprüche, die vielfach nicht einmal den elementarsten Lebensansprüchen genügen. Man sollte sich fragen, wie das geschehen konnte?

Als Maßstab für den Prozess der Vereinigung beider deutscher Staaten war doch vorgegeben, sich von Grundsätzen der Gleichheit und Rechtstaatlichkeit beider deutscher Staaten leiten zu lassen. Das war sowohl im Grundvertrag zwischen der BRD und DDR (Art. 1 u. 2 vom 21. 12. 1972) vereinbart worden und war dann auch die Grundlage des Einigungsvertrages. Und außerdem handelte es sich bei der DDR doch um einen von den Staaten der Welt anerkannt gewesenen, souveränen Staat. Mit welchem Recht durfte also von diesen Grundsätzen einseitig zu Lasten der DDR-Bürger abgerückt werden?

Da es dafür keine verbindliche Rechtsgrundlage gab musste eine „rechtliche Ersatzlösung“ her, aus der man die Manipulierung der

Rechtsansprüche der DDR und ihrer Bürger herleiten konnte. Dafür lag offensichtlich eine „politische Weisung“ vor. Die Aufgabe, diesen Ball ins Rollen zu bringen, fiel dem damaligen Justizminister, Klaus Kinkel zu. Auf dem 15. Deutschen Richtertag am 23. 9. 1991 wandte er sich an die Richter und Staatsanwälte der Bundesrepublik mit den Worten: „Sie, meine Damen und Herren Richter und Staatsanwälte, haben bei dem, was noch auf uns zukommt, eine ganz besondere Aufgabe. ... Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren.“

Diese rechtliche Inszenierung ist Ausdruck des eigentlichen Grundanliegens der Führung der BRD und zugleich das Grundübel aller Probleme, die bei der Durchsetzung der in der DDR erworbenen Rechtsansprüche entstanden sind. Nichts Geringeres als die Rechte der DDR und sich daraus ableitenden Rechtsansprüche seiner Bürger nachträglich zu annullieren, hatte man sich zum Ziel gesetzt. Bedauerlicherweise muss man feststellen, dass von den etablierten Parteien, die angeblich alle für Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit eintreten, zu dieser Problematik nur ein eisiges Schweigen kommt. Selbst von einigen führenden Leuten der Partei die Linke, werden hanebüchene Positionen bezogen, indem man die DDR als „Unrechtsstaat“ diffamiert. Sie beziehen diesbezüglich die Linie der reaktionärsten Parteien. Man möchte glauben und wünschen, dass sie nicht wissen was sie tun. Denn damit bedienen sie das Argument, dass ein „Unrechtsstaat“ und seine Bürger jeden Anspruch auf erworbene Rechte verwirkt haben. Verdienstvolle Juristen der BRD und der DDR haben immer wieder nachgewiesen, dass ein solches Vorgehen und eine solche Auslegung rechtswidrig sind. So hat der international hoch

geschätzte Staatsrechtler, Prof. Dr. Dr. Merten, ehemaliger Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, bereits 1993 in einem wissenschaftlichen Exposee und in einem jetzt vorgelegten Gutachten, „Das DDR Aufhebungsgesetz“, das ausdrücklich untermauert. Wenn er sich darin besonders auf ehemalige Mitarbeiter des MfS und andere Sicherheitsbereiche bezieht, so aus dem Grunde, weil ihre nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung besonders krass gehandhabt wurde. Prof. Merten weist überzeugend nach, dass der erfolgte „Systemwechsel“ der DDR nicht zu einer Staatsauflösung geführt hat und daher die erworbenen Rechtsansprüche seiner Bürger fortbestehen. Kein objektiv urteilendes Gericht, soweit es nicht politischen Forderungen nachkommt, ist in der Lage, diese Beweisführung zu widerlegen.

An die Adressen jener Instanzen, die die Richtungen der gleichgeschalteten Medien steuern, sei appelliert, endlich zu akzeptieren, dass es höchste Zeit ist, die ehemaligen DDR-Bürger nicht wie bisher in materieller, ideeller und sozialer Hinsicht als „Bürger zweiter Wahl“ zu diskreditieren.

Sie sind zumindest gleichwertige, mündige Bürger. Darüber hinaus sind sie zu erfahrenen Teilhabern eines geschichtlich bedeutsamen gesellschaftlichen Experiments geworden, das auf die Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung gerichtet war. Die ehemaligen DDR-Bürger verfügen insofern über einen reichen Schatz gesellschaftlicher Erfahrungen, die sie in beiden Gesellschaftsordnungen gewonnen haben.

(1. September 2021)

Aus der Postmappe

Ehrung am Denkmal bei Syhra

Anlässlich des 55. Jahrestages der Heldentat der sowjetischen Piloten Oberst Schandakow und Major Wladimirow fand am Ehrenmal bei Syhra eine von den Geithainer Ortsgruppen der Linken und ISOR gemeinsam organisierte Gedenkveranstaltung statt. Daran nahmen außer Mitgliedern beider Organisationen und Bürgern aus Geithain und Umgebung traditionell Vertreter deutsch – russischer Freundschaftsgesellschaften, z.B. aus Gera-Altenburg teil, denen das Wachhalten der Erinnerung ein Herzensbedürfnis ist. Auch der ehemalige Vorsitzende der Geithainer Linken, auf dessen Initiative die Restaurierung des Denkmals wesentlich zurückgeht, war aus seiner neuen Heimat angereist. Mit besonderer Freude begrüßten wir Korvettenkapitän Karpow als Vertreter der Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland mit seiner Familie sowie den Vizekonsul des Generalkonsulats der Russischen Föderation in Leipzig S. Tsidaev. Mit ihrem Beifall schlossen sich die Anwesenden dem Aufruf führender ehemaliger und aktiver europäischer Militärs „Gemeinsam für den Frieden - Ein Aufruf zur Vernunft“ an, aus dem Reinhard Froberg in seiner Rede zitierte. Er verwies darauf, dass der Kampf um den Frieden immer mehr zum zentralen An-

liegen aller vernünftigen Menschen wird und die Regierungen eine Politik der Zusammenarbeit führen sollen. Zu einem emotionalen Höhepunkt kam es, als Reinhard Froberg die Medaille „In Erinnerung an die Helden des Vaterlandes“ aus den Händen des Vizekonsuls entgegen nahm. Dieser dankte herzlich allen, die die Erinnerung an die beiden Piloten pflegen.

Bernd Gnant

*

Kalenderblatt

Vor 80 Jahren, am 1.11.1941, verstarb in Zschopau Fjodor Sergejewitsch Schuleschkow, ein Bürger der UdSSR. Er wurde siebenundzwanzig Jahre alt und kam als gesunder junger Mann nach Deutschland. Allerdings als Kriegsgefangener, denn er war Soldat der Sowjetarmee. Wenige Tage nach dem Überfall der Wehrmacht auf die UdSSR wurde er bereits am 4.7.1941 in der Kesselschlacht bei Minsk gefangengenommen. Die Schlacht hatte am 22. Juni 1941 begonnen. Die letzten Verteidiger ihres Vaterlandes fielen am 9. Juli. Große Truppenkontingente der Roten Armee wurden vernichtet. 320 000 sowjetische Soldaten kamen in deutsche Gefangenschaft. Der Soldat Schuleschkow war einer von ihnen. Er kam aus der Ukraine, ein einfacher Fabrikarbeiter aus dem Dorf Burkowka.

Als Kriegsgefangener gehörte er allerdings der Kategorie „Russischer Untermensch“ an, wie es im damaligen Jargon der „Herrenmenschen“ hieß. Seine Zweckbestimmung war nun die schonungslose Ausbeutung seiner Arbeitskraft bis zur physischen Vernichtung. Schuleschkow kam zunächst in ein Gefangenenkommando nach Zwickau Plannitz. Danach wurde er dem Stammlager der Wehrmacht IV B Mühlberg überstellt. Er war verurteilt, ab dem 25.10. 1941 Zwangsarbeit im Arbeitskommando Stein, in den Granitwerken J. Dorfner, in Rochlitz, zu leisten. Schuleschkow hatte nicht lange zu leiden. Ob ihn eine Krankheit niederwarf, eine Verletzung durch die gefährliche Arbeit oder die mörderischen Lebensbedingungen im Lager, wissen wir nicht. Er verstarb am 1.11.1941 im sogenannten Lazarettlager der Wehrmacht in Zschopau. In den Gebäuden einer ehemaligen Ziegelei, mitten im Zschopauer Stadtgebiet, hatte die Wehrmacht eilig ein „Sterbelager“ eingerichtet, für die Kriegsgefangenen, die der mörderischen Gefangenschaft physisch und psychisch nichts mehr entgegenzusetzen hatten. Von 1941 bis 1942 starben im Lager Zschopau 26 sowjetische Kriegsgefangene. Der jüngste war gerade zwanzig Jahre alt. Notdürftig wurden sie in einer Ecke des Zschopauer Friedhofs begraben. Bis heute gibt es für diese Menschen, unschuldige Opfer eines verbrecherischen Krieges, keine Stätte der Erinnerung in der

Stadt. Bundespräsident Steinmeier mahnte kürzlich: "Wir Deutsche wissen um unsere Verantwortung vor der Geschichte. Es ist eine Verantwortung, die keinen Schlussstrich kennt." Das dürfen wir nicht vergessen.

Norbert Staffa

*

Der „Sonderermittler“ kehrt an seine „Tatorte“ zurück

Die drei haleschen TIG und die TAG Halle der GRH hatten ihre Mitglieder sowie die der TIG Weißenfels, der NVA-Interessengemeinschaft Halle und des RotFuchs-Fördervereins, Halle für den 11. November eingeladen. Gern hatte Hans Becker, ehemals Referatsleiter bei der Hauptabteilung IX/7 des MfS unserer Bitte entsprochen, in Halle sein Buch „Der Sonderermittler – Als Kriminalist in Diensten des MfS“ vorzustellen, hatte er doch seine Laufbahn als Kriminalist in Halle begonnen und sich hier die Kenntnisse und Erfahrungen angeeignet, die ihn als Kader für die auf Befehl des Ministers für Staatssicherheit zu schaffende Spezialkommission des MfS ins Blickfeld rückten, was schließlich zu seiner Übernahme ins MfS führte. Übereinstimmung bestand darin, dass Hans Becker mit diesem Buch anhand von Tatsachen einen wichtigen Beitrag zum Verbreiten der Wahrheit über das MfS und gegen die Lügen, die immer wieder gerade in den im Fernsehen gezeigten Filmen über die Arbeit der HA IX/7 und die später auch die in den Bezirken bestehenden Spezialkommissionen des MfS und über ihrer Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei verbreitet werden. Hans Becker hat zu Kriminalfällen und anderen politisch relevanten Vorkommnissen in erstaunlicher Erinnerungsarbeit Tatsachen ins öffentliche Gedächtnis gerufen, die, wie er selbst mit berechtigtem Stolz feststellen kann, auch von unseren Gegnern nicht bezweifelt werden. Von besonderem Interesse war selbstverständlich das Kapitel, in dem Hans Becker über den von den Angehörigen der französischen Militärverbindungsmision (MVM) 1984 in Halle-Kröllwitz verursachten Verkehrsunfall berichtet, bei dem ein Angehöriger dieser MVM tödlich verunglückte. Wer weiß, wie es wirklich war, ist empört, wie selbst oder vielleicht gerade auf dem nach 1990 errichteten Gedenkstein über dieses tragische Ereignis gelogen und die geschädigten französischen Militärs und Geheimdienstler missbraucht werden, indem man sie dort als Opfer des MfS darstellt. Hochachtung empfinden wir vor der erstaunlichen Erinnerungsarbeit und der Akribie, mit der Hans Becker die Fälle beschreibt. Aber wahr-

scheinlich muss man dafür eben Kriminalist sein. Überraschen konnten wir Hans Becker mit einem zum Dank überreichten Buch über ältere Kriminalfälle aus Halle, deren Beschreibung auch ihn als Ermittler nennt. Den Abschluss bildete ein Gespräch im kleinen Kreis, in dem Hans Becker mit ehemaligen Kampfgefährten der Hallenser Kriminalpolizei Erinnerungen über die „alten Zeiten“ austauschte.

Jürgen Senker (Vorsitzender der TIG Halle)

*

Bemerkungen zu: „Keine Wahl gehabt“ – Hans Bauer

In seinem Artikel stellt Herr Bauer richtigerweise fest, daß für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ein geschlossenes und entschlossenes Handeln aller progressiven Kräfte erforderlich sei.



Wenn das so ist, dann wäre es doch Aufgabe mit potenziellen Bündnispartnern ins Gespräch zu kommen und diese als gleichwertige Partner zu behandeln. Das gelingt aber nicht, wenn man feststellt: „Aus meiner Sicht war die DKP die einzige Partei, die neben sozialen auch Fragen von Krieg und Frieden aufwarf und offensiv Frieden und Freundschaft mit Russland und der VR China forderte.“

Ich war auch aktiv im Wahlkampf dabei und habe die Veranstaltungen mit Christian Görke, Spitzenkandidat der LINKEN Brandenburg, und Dietmar Bartsch, Spitzenkandidat der LINKEN, begleitet. Beide sprachen sich sehr deutlich für Abrüstung aus, für Aufnahme von Verhandlungen zur Normalisierung der Beziehungen zu Russland, zur Umgestaltung der NATO in ein System der kollektiven Sicherheit unter Einbeziehung von Russland. Weitere Forderungen waren der Beitritt der Bundesrepublik zum UN-Atomwaffenverbotvertrag und des Abzugs der Atomwaffen aus Deutschland. Insbesondere wurden die Bestrebungen zur Erreichung des Rüstungshaushaltes von 2% des BIP angegriffen, weil damit dringend notwendige Mittel für Ge-

sundheit, Bildung, Pflege, Rente, Strukturwandel usw. entzogen werden. Doch diese Argumente konnte man auch bereits im Bundestag von der LINKEN hören, wo auch sämtliche Anträge zur Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr abgelehnt wurden.. Insbesondere wurden die Bestrebungen zur Erreichung des Rüstungshaushaltes von zwei Prozent des BIP angegriffen, weil damit dringend notwendige Mittel für Gesundheit, Bildung, Pflege, Rente, Strukturwandel usw. entzogen werden. Doch diese Argumente konnte man auch bereits im Bundestag von der LINKEN hören, wo auch sämtliche Anträge zur Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr abgelehnt wurden.

Praktisch wurde auf Initiative der LINKEN der Cottbuser Oberbürgermeister (CDU) „Mayor for Peace“, forderte Cottbus die Bundesregierung auf, dem UN-Atomwaffenverbotvertrag beizutreten. Während des Wahlkampfes war der rote Friedenspanzer mit dem Knoten im Lauf auf Friedentour durch die Lausitz, bei dem es immer wieder um den Zusammenhang Entspannung, Abrüstung, Sicherung der sozialen Aufgaben und auch Klimaschutz ging. Deshalb empfinde ich die Feststellung von Herrn Bauer tragisch und schädlich, wenn man Bündnisse für gesellschaftliche Veränderungen schmieden möchte.

Frithjof Nowiak

*

Richard Sorge Gedenktag in Berlin

Wie in jedem Jahr trafen sich auch in diesmal am 7. November in Berlin in der Richard-Sorge-Straße an der Gedenktafel Kommunisten,



Freunde und Sympathisanten von Richard Sorge. Anlässlich des 77. Jahrestages der Ermordung des Kundschafters der Roten Armee durch japanische Faschisten in Tokyo, legten wir Blumen und Gebinde nieder und gedachten des sowjetischen Kundschafters der 1964 den Titel „Held der Sowjetunion“ verliehen bekam. Die Gedenkveranstaltung war in diesem Jahr besonders gut organisiert. Dafür unser Lob und unsere Anerkennung an die GRH und dessen Vorsitzenden, Hans Bauer.

Der ehemalige Militärattaché der DDR in der Volksrepublik China, Oberst a.D. Bernd Biedermann, hat bei dieser Veranstaltung die Biografie von Richard Sorge beeindruckend in Form eines Vortrags dargestellt. Wir als KPD-Mitglieder betrachten die Information, dass Stalin den gesendeten Angriffszeitpunkt „22.Juni 1941“ auf die Sowjetunion von Richard Sorge nicht ernst genommen hat, etwas kritischer. Wir denken schon, dass diese Informationen ernst genommen wurden, denn zum damaligen Zeitpunkt wurden sehr

viele Informationen über einen möglichen Kriegsbeginn gestreut. Auf Grund der sich nur langsam entwickelnden Wirtschaftskraft in der Sowjetunion war es nur sehr schwer möglich, das Land in relativ kurzer Zeit militärisch auf eine solide Landesverteidigung vorzubereiten. Dafür fehlte eine angemessene Vorlaufzeit, die im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges aufgeholt wurde und schließlich zum Sieg über den Hitlerfaschismus führte.

Richard Sorge war einer von uns. Er wurde im Jahre 1919 KPD-Mitglied. Er lieferte

im Juni 1941 die Information zum genauen Angriffstermin Deutschlands auf die Sowjetunion und im September 1941 die bekannten und – aus historischer Sicht – kriegsentscheidenden Informationen, dass der Bündnispartner Japan im Dreimächtepakt zwischen dem faschistischen Deutschland und dem faschistischen Italien und Japan die Sowjetunion nicht angreifen werde.

Wir sind sehr stolz darauf bei der Richard Sorge Ehrung dabei gewesen zu sein.

Andreas Reinicke

#UnblockCuba
**Wirtschaftskrieg
 gegen Kuba
 beenden!**

Informiere Dich!
 Werde aktiv!

www.unblock-cuba.org

75 JAHRE JUNGE WELT

**75 AUSGABEN*
 FÜR 75 EURO.**

* ENDET AUTOMATISCH.

**JETZT VERSCHENKEN ODER
 BESTELLEN UNTER:
jungewelt.de/75
 Abotelefon: **0 30/53 63 55-80****

75
 jungewelt

**ZEITUNG
 FÜR FRIEDEN**

Der sowjetische Dichter Jewgeni Dolmatowski mit Hitler-Büste, vor dem Reichstag in Berlin, aufgenommen am 2. Mai 1945.

FOTO: JEWGENI ANANJEWITSCH/ALDEI

Heute mit 8 Seiten extra ☑ Wochenendbeilage ☑ fachlich & aktuell
 DIE TAGESZEITUNG
jungewelt
 1.800 Leser für die Pressefreiheit

Denkmal

*D*as Impfen soll vor Krankheit schützen
und wird Dir viele Jahre nützen.



Diese jungen Menschen, von Walter Womacka 1962 dargestellt, wussten noch nichts davon, dass 60 Jahre später eine besorgte deutsche Regierung die „Unverletzlichkeit ihrer freien Körper“ höher schätzt als eine Impfpflicht gegen eine weltumspannende Krankheit, mag sie auch schon mehr als 100 000 Tote gekostet haben.

Das Paar vertraute der SED-Propaganda, dass eine Impfung vor Krankheit schützen kann. Doch eine freie, bunte Informationsvielfalt entlarvte inzwischen derartige plumpe Indoktrination.

Deshalb dürfen wir alle freudig dem entgegensehen, was uns im kommenden Jahr aufgetischt und eingepflegt wird. Da ist der nächste Free-Dumm-Day nicht mehr fern.

Na dann Prost !

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 24.11.2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.12.2021

Einstellung im Internet: 07.01.2022

Auslieferung: 12.01.2022

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag, 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16